

Antrag

der Abgeordneten Martin Hebner, Norbert Kleinwächter, Corinna Miazga, Dr. Harald Weyel, Siegbert Droese, Stephan Brandner, Jürgen Braun, Joana Cotar, Peter Felser, Albrecht Glaser, Armin-Paulus Hampel, Mariana Iris Harder-Kühnel, Udo Theodor Hemmelgarn, Karsten Hilse, Martin Hohmann, Stefan Keuter, Enrico Komning, Jörn König, Steffen Kotré, Gerold Otten, Frank Pasemann, Tobias Matthias Peterka, Martin Reichardt, Dr. Robby Schlund, Uwe Schulz, Detlev Spangenberg, René Springer, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Fristenverlängerung aufgrund der Corona-Pandemie für alle zu § 93 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages überwiesenen EU-Dokumente

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung aufzufordern, im Europäischen Rat und in der Europäischen Kommission für eine Fristverlängerung zur Stellungnahme der nationalen Parlamente umzusetzen. Ferner bittet der Deutsche Bundestag den Präsidenten des Deutschen Bundestages sich ebenfalls in einem Schreiben für eine Fristverlängerung gegenüber der Kommission und dem Europäischem Parlament einzusetzen.

Aufgrund der weltweiten Corona-Pandemie und der Notwendigkeit, diesem Phänomen Vorrang vor allen anderen Vorhaben zum Schutz der Bevölkerung Europas einzuräumen, werden alle Fristen, innerhalb welcher sich ein Nationalstaat zu EU-Vorhaben, Dossiers oder sonstigen zur Überweisung vorgesehenen EU-Dokumenten (allen Entscheidungsvorhaben des Europarats sowie zu dessen politischen Erklärungen) erklären muss, wie in der Sommer- und Weihnachtspause, verlängert.

Die Verlängerungsdauer beträgt aufgrund der Besonderheit einer Pandemie vorläufig sechs Monate.

Berlin, den 23. März 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Die WHO hat am 31.01.2020 den internationalen Notstand wegen des Corona-Virus ausgerufen.

Spanien hat am 15.03.2020 den nationalen Notstand ausgerufen, eine 15-tägige Ausgangssperre wurde am 15.03.2020 verhängt,

Italien hat am 31.01.2020 den Notstand ausgerufen,

Österreich hat seit dem 16.03.2020 Ausgangsbeschränkungen erteilt, diese gelten bis zum 13.04.2020,

Frankreich hat den Notstand ausgerufen, seit dem 17.03.2020 gilt eine 15-tägige Ausgangssperre,

Belgien hat seit dem 18.03.2020 eine Ausgangssperre erlassen,

Großbritannien hat seit dem 20.03.2020 das öffentliche Leben heruntergefahren (Theater, Bars, Kinos, Fitness-Studios, ...),

die Schweiz hat am 16.03.2020 den Notstand erklärt und das öffentliche Leben eingeschränkt,

Tschechien hat seit Montag, den 16.03.2020 die Grenzen geschlossen und im Land bis zum 24.03.2020 eine Ausgangssperre verhängt, ein Aufenthalt im Freien ist nur mit Mund- und Nasenschutz erlaubt,

die Niederlande haben öffentliche Einrichtungen geschlossen, noch keine Ausgangssperre verhängt,

Polen hat die öffentlichen Einrichtungen geschlossen und eine Auslandseinreise-Quarantäne von 14 Tagen für alle Einreisenden verhängt,

auch in Deutschland gilt in allen Bundesländern eine eingeschränkte Bewegungsfreiheit, die öffentlichen Einrichtungen sind weitestgehend geschlossen.

Die Liste lässt sich Corona-bedingt fortsetzen. Wissenschaftler fordern einen totalen Shutdown, um die Infizierungswelle überhaupt medizinisch bewältigen zu können.

Die überwiegende Mehrheit der Länder des europäischen Kontinents haben ihre Grenzen geschlossen. In allen Ländern werden alle Kräfte auf die Versorgung der Kranken zwingend zu bündeln sein.

In einer solchen Situation verbietet sich jegliche politische Vorteilsnahme zulasten anderer europäischer Staaten oder zugunsten des eigenen. Ferner verbieten sich jedwede Einschränkungen, die im Moment für eine neue Klimapolitik oder eine neue Agrarpolitik geplant oder beschlossen sind. Jedes Land hat nun die vorrangige Aufgabe, sich um die Gesundheit seiner Bevölkerung zu kümmern, dessen Versorgung sicherzustellen und im Rahmen der örtlichen Nähe seinem jeweiligen Nachbarstaat zu unterstützen.

Voraussichtlich sind die Folgen der Corona-Pandemie mindestens für sechs Monate einschneidend, das ist allgemeinbekannt.

Aus Solidarität mit den europäischen Staaten soll daher der politische ggfls. Streitige Diskurs ausgesetzt und eine europäische gemeinsame Anstrengung zur Bewältigung der Corona-Krise getragen vom gemeinsamen Willen unserer europäischen Werte ausschließlich Vorrang haben.